

Ohne Unterschiede?

Nicht-Muslime für einen fairen Umgang mit Muslimen in Politik, Medien und Verwaltung

Unsere Initiative vereint Menschen aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen, Medien, politischen Parteien, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Sie setzt sich dafür ein, dass Muslime nicht anders behandelt werden als andere. Zu den Grundlagen unserer Gesellschaft gehört, dass niemand „wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt“ wird (Art. 3 Grundgesetz). Beim Kontakt und im gemeinsamen Engagement mit Muslimen müssen wir aber immer wieder erleben, dass in den Medien und im politischen Reden und Handeln für Muslime andere Maßstäbe angelegt werden als bei anderen Religionsgemeinschaften und gesellschaftlichen Gruppen.

Selbstverständlich stehen Muslime und ihre Organisationen nicht außerhalb von Kritik: wenn Frauen, Andersgläubige oder Menschen unterschiedlicher sexueller Identität diskriminiert oder sogar angegriffen werden, ist Kritik berechtigt und angebracht. Allerdings sollte auch Kritik an Muslimen in fairem Verhältnis zum Anlass und Grund der Kritik stehen, also verhältnismäßig sein und nicht in Pauschalverdächtigungen münden. Der Einzelfall muss mit allen seinen Umständen gesehen, er darf nicht aufgebauscht werden oder zum „Islam-Bashing“ verleiten.

Gerade im Bereich des Religiösen bedarf es besonderen Respekts und differenzierenden Verständnisses, um nicht unnötig und folgenreich zu verletzen. Ansonsten laufen wir als Gesellschaft Gefahr, die zweifelsfrei vorhandene Selbst-Abgrenzung in erheblichen Teilen der muslimischen Bevölkerung durch eine undifferenzierte Ausgrenzung noch zu befördern, statt sie abzubauen. Muslimen, die innerhalb der islamischen Gemeinschaften sowie öffentlich für Dialog und Integration eintreten und dabei auch inner-islamische Kritik wagen, wird das Wirken zusätzlich erschwert.

Deshalb setzen wir uns für folgende vier Kriterien im Umgang mit Muslimen in unserer Gesellschaft ein:

1. Gleiches Recht für alle – nicht zweierlei Maß anlegen

Es sollte selbstverständlich sein, dass man an Muslime die gleichen Maßstäbe anlegt wie bei Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften– nicht mehr, aber auch nicht weniger. Bei Forderungen und Verhaltenserwartungen muss immer mitbedacht werden, ob dasselbe auch von Menschen anderer Herkunft und Kulturzugehörigkeit oder für Angehörige anderer Glaubensgemeinschaften verlangt werden kann und soll. Die Freiheit ist immer auch die des anderen.

2. Nicht nur über, sondern auch mit Muslimen sprechen

Wenn es um kritische Vorgänge oder Entwicklungen geht, ist es ein Gebot der Fairness, dass Politik, Medien und Verwaltung mit Verantwortlichen von Moscheevereinen direkt sprechen und ihnen Gelegenheit geben, ihre Lage und ihre Standpunkte darzustellen.

3. Sorgfältige und differenzierende Berichterstattung

Berichterstattung muss belegbar und überprüfbar sein, Vermutungen dürfen nicht als Feststellungen deklariert werden. Die jeweiligen Rahmenbedingungen sind in die Betrachtung und Bewertung einzubeziehen, besonders, wenn es um kritische Vorgänge und Entwicklungen geht. Bei der Interpretation religiöser Begriffe ist auf die Bedeutung im konkreten Zusammenhang zu achten, um nicht in falsche Verallgemeinerungen zu geraten.

4. Faire Berichterstattung – positive Entwicklungen würdigen

Wenn sich in muslimischen Gemeinschaften positive Entwicklungen zeigen; wenn die Werte unserer Gesellschaft praktiziert werden, zum Beispiel die Hinwendung zur Demokratie durch Aufrufe, an Wahlen teilzunehmen; wenn die Zusammenarbeit mit anderen Religionen durch gemeinsame Gebete und Veranstaltungen gesucht wird oder wenn Muslime sich öffentlich gegen Antisemitismus und Gewalt aus den eigenen Reihen aussprechen, verdient dies Würdigung und Unterstützung. Wenn Kritik gefruchtet hat, muss nachberichtet werden.

Der Initiativkreis trifft sich regelmäßig zum Austausch über aktuelle Vorgänge und zur Abstimmung des Vorgehens. Die Mitglieder verpflichten sich, auf den ihnen jeweils möglichen Wegen auf die Einhaltung der genannten Kriterien hinzuwirken.

Das Anliegen wird von folgenden Personen getragen:

- David Driese, Abteilungsleiter Bildung des Humanistischen Landesverbandes Berlin-Brandenburg und u.a. verantwortlich für den Lebenskundeunterricht an Berliner Schulen
- Martin Germer, Pfarrer der evangelischen Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche
- Werner Gräßle, Präsident des Amtsgerichts Lichtenberg und Teilnehmer der meet2-respect-Dialogveranstaltungen zwischen schwulen Führungskräften und Muslimen
- Bernhard Heider, Geschäftsführer von „Leadership Berlin – Netzwerk Verantwortung e.V.“ und u.a. Initiator und verantwortlich für das Projekt „meet2respect“
- Ranjit Kaur-Paul, Vorsitzende „Freundinnen und Freunde des Berliner Forums der Religionen e.V.“.
- Dr. Thomas M. Schimmel, Geschäftsführer der franziskanische Initiative 1219. Religions- und Kulturdialog e.V. und Vorsitzender „Lange Nacht der Religionen in Berlin e.V.“
- Winfriede Schreiber, ehemalige Leiterin des Brandenburger Verfassungsschutzes, Präsidentin des Verwaltungsgerichts Cottbus a.D. und Polizeipräsidentin von Ost-Brandenburg a.D.
- Barbara Witting, Oberstudiendirektorin i.R., ehemalige Schulleiterin des Jüdischen Gymnasiums Moses Mendelssohn Berlin und Mitglied der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Weitere Unterzeichner*innen:

- Steffen Claussen, Dezernent bei der Polizei Berlin
- Peter Conrad, Sachgebietsleiter Senatsverwaltung für Finanzen und Vorstand im Begegnungschor e.V.
- Wolfgang Fixson, leitender Regierungsdirektor a.D. und langjähriger Leiter JVA Moabit
- Barbli Gerster, freiberufliche Diplom-Psychologin
- Ulrike Hinrichs, Geschäftsführerin der Unionhilfswerk Sozialeinrichtungen gGmbH
- Ármin Langer, Autor und Koordinator der Salaam-Schalom Initiative
- Prof. Dr. Timo von Oertzen, Professor an der Universität der Bundeswehr, München
- Andreas Scholz-Fleischmann, Vorstandsvorsitzender der Berliner Bäderbetriebe
- Jürgen Schwarz, Technical Sales Specialist (IT), Berlin
- Thomas Walsdorf, Sachbearbeiter Projektsteuerung in der Qualitätssicherung der Volkswagen AG
- Maren Zimmermann, Ärztin und Cousine des Aktivisten der Neuen Rechten Götz Kubitschek